Unheilige Allianz gegen Invalide

Der Ständerat will kein EO-Lohnpromille für die IV einsetzen. Ob die Mutterschaftsversicherung davon profitieren kann, ist jedoch mehr als fraglich.

Von **Iwan Städler, Bern**

435 Millionen Franken kostet die vom Bundesrat geplante Mutterschaftsversicherung pro Jahr und soll durch zwei zusätzliche Lohnpromille finanziert werden. In dieser Form hat der Vorschlag im Parlament aber keine Chancen. FDP und SVP sind ohnehin gegen eine Mutterschaftsversicherung. Und die CVP will dafür keine zusätzlichen Lohnprozente erheben. Darauf hat sie sich schon früher festgelegt.

CVP im Mutterschafts-Dilemma

Die Christlichdemokraten sind allerdings im Dilemma. Sie sind darauf angewiesen, in der Debatte um die Fristenlösung den werdenden Müttern etwas offerieren zu können. Also greifen sie zusammen mit der SP nach jedem Strohhalm, um die Mutterschaftsversicherung ohne zusätzliche Lohnpromille finanzieren zu können. Mit dem Fonds der Erwerbsersatzordnung (EO) bietet sich ein solcher Halm. Weil es immer weniger Armeeangehörige zu entschädigen gibt, legt die EO nämlich jährlich eine Viertelmilliarde zu und verfügt derzeit über ein Vermögen von rund 4,8 Milliarden Franken.

Der Bundesrat will diese Überschüsse aber nicht für die Mütter, sondern für die Invalidenversicherung (IV) verwenden. Einerseits möchte er das dort klaffende Loch von 2,2 Milliarden Franken mit einem einmaligen Geldtransfer stopfen. Und ab 1998 soll – befristet auf sieben Jahre – zusätzlich ein Lohnpromille übertragen werden. Damit würde der IV-Satz auf 1,5 Prozent erhöht und jener der EO auf 0,2 Prozent gesenkt.

Das sei auch dringend nötig, meinte Kommissionssprecher Fritz Schiesser (FDP, Glarus). Denn selbst unter diesen Umständen könne nicht von einer Sanierung der Invalidenversicherung gesprochen werden. Auch so entstehe in vier Jahren wieder ein Loch von 2,4 Milliarden Franken. Und ohne diese Massnahmen gerate die IV gar in ein «finanzielles Desaster».

Widerstand von links und rechts

Schiessers Votum überzeugte die Ständeräte nur beschränkt. Zwar stimmten sie dem einmaligen Transfer von 2,2 Milliarden Franken mit 20 zu 15 Stimmen zu. Doch beim Lohnpromille regte sich gleich aus zwei Ecken Widerstand:

Beide wollen Geld: Bernhard Seiler für die Soldaten und Christiane Brunner für die Mütter.

■ «Die Invalidenversicherung wird auch mit dem EO-Lohnpromille nicht saniert», entgegnete der ehemalige CVP-Präsident Anton Cottier. «Dafür braucht es eine grundlegende Reform.» Er wolle das Geld für die Mutterschaftsversicherung verwenden. Denn zwischen ihr und der Erwerbsersatzordnung bestehe eine Verbindung – nicht aber zwischen der EO und der IV. Es gehe darum, auch die Mütter für ihren Erwerbsausfall zu entschädigen. Dem pflichtete auch die Sozialdemokratin Christiane Brunner bei, wobei sie auf die bundesrätliche Vorlage eintreten, diese aber erst zusammen mit der Mutterschaftsversicherung behandeln wollte.

■ Ganz andere Motive bewogen Willy Loretan (FDP, Aargau), die Vorlage abzulehnen. «Mir geht es um die Armeeangehörigen. Die Sorgen der Mutterschaft plagen mich nicht mehr», erklärte der 63jährige Grossvater. Er wehre sich dagegen, die EO anzuzapfen, bevor die dort anstehende Revision den Räten präsentiert werde. Darin unterstützten ihn auch zahlreiche Vertreter der CVP und der SVP. «Wer den Beitragstransfer fordert, der will, dass die Armee in 10 Jahren abgeschafft wird», fand unter anderen Bernhard Seiler (SVP, Schaffhausen).

Offiziere erhalten ohnehin nicht mehr

Dem hielt Ruth Dreifuss entgegen, die geplante «EO-Revision light» sei durch den Transfer nicht gefährdet. Im Vordergrund stünden Verbesserungen für tiefe und mittlere Einkommen, kein Ausbau für Offiziere. Und ihren Genossinnen und Genossen teilte die SP-Bundesrätin mit, es gebe nichts zum Nulltarif – auch keine Mutterschaftsversicherung.

Dennoch lehnte der Ständerat die Übertragung des Lohnpromilles an die Invalidenversicherung mit 21 zu 16 Stimmen ab. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat, wo sich folgendes Szenario abzeichnet: Die SP und die FDP bewirken zusammen, dass auf die Vorlage eingetreten wird. Anschliessend sorgen die SP und die CVP dafür, dass die Frage mit der Mutterschaftsversicherung gekoppelt wird.

Selbst wenn dies gelingen sollte, dürften die Befürworter der Mutterschaftsversicherung im Ständerat scheitern. Dort haben Sozialdemokraten und Christlichdemokraten nämlich nur dann die Mehrheit, wenn Vertreter anderer Parteien fehlen – und wenn sie geschlossen auftreten. Letzteres ist aber von den Hardlinern der CVP nicht zu erwarten. Sie dürften den Soldaten gegenüber den Müttern Priorität einräumen – Fristenlösung hin oder her.

NACHGEFRAGT

«Ein Topf für Mütter und Soldaten»

Christiane Brunner würde die Mutterschaftsversicherung gerne ganz aus dem EO-Fonds bezahlen.

Mit **Christiane Brunner sprach Iwan Städler**

Frau Brunner, sind Sie eigentlich glücklich darüber, dass der Ständerat das EO-Lohnpromille nicht an die Invalidenversicherung übertragen hat?

Ähm. (studiert lange)

Sie sind offenbar nicht sicher, ob Sie glücklich sein sollen?

Tja. Ich weiss es wirklich nicht so genau. Ich hoffe, dass der Entscheid eine raschere Debatte über die Mutterschaftsversicherung ermöglicht und überdies erlaubt, allfällige Finanzierungsprobleme offener zu diskutieren. So betrachtet, finde ich den Entscheid gut. Andererseits ist der heutige Beschluss des Ständerats nicht sehr klar. Ein Teil will das Lohnpromille für die Mutterschaftsversicherung einsetzen, andere möchten die EO ausbauen, und ein dritter Teil will das Geld für die IV verwenden.

Und was wollen Sie?

Ich habe mich noch nicht festgelegt, ob ich es für die Mutterschaftsversicherung oder für die IV einsetzen möchte. Ich will aber darüber diskutieren können. Schliesslich muss man im Parlament ja eine Mehrheit finden.

Falls das EO-Lohnpromille für die IV verwendet wird, müsste man die Mutterschaftsversicherung wohl mit zusätzlichen Lohnpromillen finanzieren. Denken Sie, dass dies im Parlament eine Chance hätte?

Ich glaube nicht. Aber ich kann mich auch täuschen. (lacht)

Um sicher zu gehen, muss die SP dafür sorgen, dass das EO-Lohnpromille für die Mutterschaftsversicherung frei bleibt. Wird sie demnach im Nationalrat gegen ihre Bundesrätin stimmen und die Übertragung an die Invalidenversicherung ablehnen?

Sie wird denselben Antrag einbringen wie ich im Ständerat: Eintreten auf die Vorlage, aber mit der Behandlung zuwarten, damit die Mutterschaftsversicherung gleichzeitig debattiert werden kann.

Mit dieser Taktik wollen Sie sich ein Türchen offenhalten, damit Sie das Geld doch noch der IV geben können, falls die Sache mit der Mutterschaftsversicherung nicht klappt.

Das kann man so sehen.

Andere Gewerkschafter würden das EO-Promille lieber gleich zur Sanierung der IV verwenden.

Ich habe im Ständerat nicht die Gewerkschaften vertreten, sondern meine eigene Meinung – und jene der Frauen. Die Gewerkschaften ziehen die Sanierung der IV der Mutterschaftsversicherung vor. Schliesslich vertreten sie zu 85 Prozent Männer. Und die werden bekanntlich nicht schwanger, sondern allenfalls invalid.

Mit dem EO-Lohnpromille allein lässt sich die Mutterschaftsversicherung nicht finanzieren. Dafür brauchen Sie zwei Promille.

Das stimmt. Ich würde aber die Soldaten und die Mütter gerne aus demselben Topf entschädigen – ohne irgendwelche Gelder zu verlagern.

Für die bestehenden EO-Leistungen und die geplante Mutterschaftsversicherung zusammen reichen die vorhandenen Gelder jedoch nicht.

Das müssen wir noch genau anschauen.

Eine Möglichkeit wäre, den Erwerbsersatz der Soldaten zumindest teilweise aus dem Militärbudget zu bezahlen.

Das ist eine gute Idee. Aber wir bringen sie nur mittelfristig durch.

Werden Sie es dennoch schaffen, die Mutterschaftsversicherung ohne zusätzliche Lohnpromille zu erhöhen?

Das hoffe ich.

Und wie wollen Sie die Invalidenversicherung finanzieren?

Hier müsste man zusätzliche Lohnpromille einsetzen. Die IV kann man nämlich auch mit einem befristeten EO-Lohnpromille nicht sanieren.